

Ralf Pöhling
AFD Direktkandidat Landtagswahl NRW 2022 Wahlkreis 85
Mitglied der Bezirksvertretung Münster-Südost
ralfpoehling@gmx.de

25.03.2022

An:
Bürgerinitiative Havixbeck
Herrn Bernd Golisch
Von-Galen Ring 37
48329 Havixbeck

Betrifft: Ihr Schreiben vom 19.03.2022 / Befragung der Landtagskandidaten für den Wahlkreis 85

Sehr geehrter Herr Golisch,

Erst einmal vorweg: Ich habe selbst am Landeswahlprogramm der AFD mitgearbeitet. Insofern gibt es da natürlich eine gewisse Nähe zu meinen Ansichten und dem, was Sie unserem Parteiprogramm entnehmen können. Dennoch werde ich versuchen, ihrem Wunsch zu entsprechen, zuvorderst meine persönlichen Ansichten und nicht einfach unser Parteiprogramm wiederzugeben.

Zu ihren Fragen:

1. Inwiefern ihre Gemeinde einen Vorteil aus der Überstellung des alten Wahlkreises 79 in den neuen Wahlkreis 85 zieht, lässt sich aus ihrer kurzen Frage nicht ganz zielsicher beantworten. Da Coesfeld bekanntermaßen eher CDU Lager ist und in Münster die Grünen überaus stark vertreten sind, wird der neue Wahlkreis 85 im Vergleich zum alten Wahlkreis 79 vermutlich in den Wahlergebnissen weiter nach links tendieren, als Sie es gewohnt sind. Im Gegenzug wird Münster insgesamt dabei etwas mehr ins Konservative tendieren, als es bisher der Fall war. Ob das so ihren Wünschen entspricht, kann ich nicht beurteilen.

2. Die entscheidende Frage zur Errichtung einer neuen Gesamtschule in Roxel ist der potentielle Bedarf und die daraus entstehende Auslastung. Da Münster und Umfeld in den letzten Jahren eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen hatte und diese Entwicklung wohl vorerst nicht abreißen wird, ist der Bedarf allgemein gegeben. Es wird ja auch in vielen Teilen Münsters neuer Wohnraum gebaut, um dem Rechnung zu tragen. Es ist anzunehmen, dass mit der steigenden Zahl an Bewohnern in Münster und Umfeld die Anzahl an schulpflichtigen Kindern ebenso zunimmt. Aus meiner Arbeit in der Bezirksvertretung Münster-Südost (Angelmodde, Wolbeck, Gremmendorf) kenne ich den gesteigerten Bedarf an Wohnraum und damit auch an Schulplätzen bereits aus direkter politischer Arbeit. Dass die bestehende Gesamtschule Havixbeck-Billerbeck eventuell dadurch eine geringere Auslastung erfährt, die zu einem Qualitätsverlust oder eventuell sogar einer Benachteiligung oder Schließung führen könnte, glaube ich langfristig daher eher nicht. Sofern ihre Sicht dazu eine andere ist, habe ich natürlich ein offenes Ohr.

3. Die Kritik der Landräte an der Verkehrspolitik Münsters halte ich für berechtigt. Es gibt zwar in der Tat das Problem der „drangvollen Enge“ wegen des PKW Verkehrs in der City und darum herum, ich sehe nicht selten lange Schlangen vor den Parkhäusern in der City und zugeparkte Wohngebiete in direkter Nähe, das Problem lässt sich aber nicht dadurch lösen, indem man PKW Fahrer schikaniert und so zum Umstieg auf das Fahrrad nötigen will. Sie haben vielleicht an einigen Orten Münsters mal die neuen Schilder bemerkt, wo explizit darauf hingewiesen wird, dass das „Radfahren auf der Fahrbahn erlaubt“ sei. Und das, obwohl an den dortigen Straßen eigentlich immer ein Fahrradweg angebaut ist. Meiner Ansicht nach versucht man so den PKW Verkehr durch auf der Fahrbahn fahrende Radfahrer auszubremsen. Im Endeffekt grenzt das an Nötigung und ist im Sinne des sozialen Friedens nicht zielführend. Das eigentliche Problem ist ja, dass die Innenstadt

nahezu vollständig zugebaut ist und nirgendwo erweitert werden kann. Die massive Zuwanderung nach Münster, in Folge der gesteigerten Attraktivität und der massiven Aufnahme von Flüchtlingen in den letzten Jahren, gerät einfach an ihre Grenzen, wo die Stadt in der Mitte nicht mehr mitwachsen kann. Derzeit wird ja versucht, das alte Park&Ride Konzept unter neuem Namen wiederzubeleben. Ich halte das nicht für zielführend, da ein Konzept, was sich in der Praxis nicht bewährt hat, ad acta gelegt werden sollte. Bei genauer Betrachtung des Problems bleibt eigentlich nur die Lösung der Begrenzung des Zuzugs, die AfD tritt ja dafür ein, oder die Ausdehnung der Wohn- und Gewerbegebiete nach außen. Womit ich dann zu ihrer nächsten Frage komme:

4. Einen Technologiepark in Havixbeck anzulegen, halte ich im Sinne der Stadtentwicklung für gut und richtig. Nicht nur wird dies die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Münster verbessern und damit langfristig den Wohlstand mehren, die dort geplante Zusammensetzung aus Technologie / IT ist ein Sektor, in dem Deutschland leider momentan stark hinterher hinkt. Ich selbst bin ausgebildeter Informatiker mit Schwerpunkt Anwendungsentwicklung und befürchte, dass Deutschland alsbald den Anschluss verlieren wird, sollte hier nicht gegengesteuert werden. Sie haben vielleicht mitbekommen, dass unsere Autoindustrie derzeit häufig ihre Autos nicht zu Ende produzieren kann, weil sie auf Bauteile von IT Zulieferern aus dem Ausland angewiesen ist und diese wegen der aktuellen Weltlage nicht in ausreichender Stückzahl liefern können. Ich halte es im Sinne der Resilienz unserer Gesellschaft für zwingend nötig, Kerntechnologien im eigenen Land entwickeln und bereitstellen zu können. Der Bedarf für einen solchen Technologiepark ist also auf jeden Fall gegeben. Ob das letztlich aber so funktioniert, wie es angedacht ist, hängt dann wie immer davon ab, ob die Umsetzung dieses Projektes durch Politiker erfolgt, die bei diesem Thema Sachverstand vorweisen und richtig mit Geld umgehen können.

5. Ich halte den Straßenbau bzw. die Erhaltung Infrastruktur des öffentlichen Raumes für die Aufgabe des Staates und nicht für die Aufgabe der dort lebenden Anwohner. Die Anwohner zahlen bereits Steuern, damit der Staat seine Kernaufgaben wahrnimmt. Von einzelnen Bürgern zusätzliche Straßenbaubeiträge zu verlangen, ist meiner Ansicht nach eine versteckte und zudem selektive Steuererhöhung und damit unredlich.

6. Die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Gründung von Wohnungsbaugesellschaften, Sie meinen damit vermutlich Wohnungsbaugenossenschaften, halte ich für überaus sinnvoll und letztlich gerade im Raum Münster für zwingend geboten. Wohnraum muss bezahlbar sein. Die massive Privatisierung des Wohnungsmarktes nach angelsächsischem Modell hat ja, entgegen der allgemeinen Behauptung dass Wettbewerb die Preise sinken ließe, bei uns nicht zu einer Reduktion der durchschnittlichen Mietkosten geführt, sondern zum Kauf von Wohnbaugesellschaften durch ausländische Fonds, die jeden Cent aus den Mietverhältnissen herausquetschen und im Gegenzug die Immobilien verfallen lassen. Dass die Privatisierung hier nicht den erwarteten Zweck erfüllt hat, hat einen einfachen Grund: Deutschland hat im internationalen Vergleich eine vergleichsweise geringe Eigenheimquote und eine sehr dichte Besiedelung, ganz anders als Großbritannien oder die USA zum Beispiel, wo die Eigenheimquote deutlich höher liegt. Wir haben also sehr wenig Wohnraum in Privatbesitz, der im üblichen Wettbewerb dann zu geringeren Preisen führen würde, wir haben hier zuvorderst Mehrfamilienhäuser, die eben nicht mehr in der Hand privater deutscher Eigentümer sind, sondern in der Hand von internationalem Finanzkapital. Das angelsächsische Modell funktioniert deshalb bei uns einfach nicht und lässt die Mietpreise deswegen nicht sinken, sondern steigen. Wir müssen das hier in Deutschland anders angehen. Jedes Land hat andere Grundbedingungen, die nicht einfach auf andere Länder übertragbar sind. Und genau in diese Falle ist die deutsche Politik hineingetappt. Das sollte korrigiert werden.

Mit freundlichem Gruß,
Ralf Pöhling